

# 60 Jahre BVA – eine Zeitreise

7/8

mit dbb seiten



MAGAZIN

Juli/August 2020 • 70. Jahrgang

## > Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„Wir schaffen das!“ – vor fünf Jahren im August 2015 ging dieser Satz von Bundeskanzlerin Angela Merkel durch die Medien. Seit Monaten war die Zugangszahl der Schutzsuchenden gestiegen. Am Ende des Jahres sollte sie bei weit mehr als 800 000 Menschen liegen.

Im Zuge des Zustroms wurden die Defizite in den Behörden aufgrund der jahrzehntelangen Sparpolitik deutlich. Das von der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte seit Ende der 1990er-Jahre geforderte Ende der Stelleneinsparungen und Start einer nachhaltigen Personalpolitik wurde lange nicht gehört. Nun kamen die Behörden kaum mit der Registrierung und Unterbringung der Beschäftigten, durch viele Überstunden und personelle Unterstützung anderer Behörden, konnte nach und nach eine tragfähige Arbeitsfähigkeit hergestellt werden. Die Politik reagierte zunächst noch zögerlich, im weiteren Verlauf mit umfangreichen neuen Stellen, insbesondere für das BAMF und die Sicherheitsbehörden. Seinerzeit versicherten alle Parteien, dass eine auskömmliche Personalausstattung für Behörden notwendig sei und künftig eine nachhaltige Personalpolitik betrieben werde.

Die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte hat diese Zusagen nicht vergessen.

Seit nunmehr fünf Monaten nimmt inzwischen das Coronavirus einen großen Teil unserer Aufmerksamkeit in Anspruch. Die politischen Ebenen haben in dieser Krise gemeinsam und entschlossen gehandelt. Der überwiegende Teil der Gesellschaft hat die durchaus einschneidenden Maßnahmen trotz der dadurch entstehenden Belastungen unterstützt.

Der Deutsche Bundestag hat im Verlauf der Monate eine Vielzahl von Gesetzen im Zusammenhang mit den Auswirkungen von COVID-19 erlassen. Für die Wirtschaft wurden milliardenschwere Konjunkturpakete aufgelegt. Trotz dieser großen Kraftanstrengungen schwindet der anfänglich große Zuspruch bei den weiterhin geltenden Hygienemaßnahmen.

Das Tragen des Mund-Nasen-Schutzes wird von vielen Nutzerinnen und Nutzern des Personenfern- und -nahverkehrs offenbar nur noch als Empfehlung verstanden.

Wir alle können weiterhin gegen die Verbreitung des Coronavirus kämpfen. Halten wir uns vor Augen – COVID-19 ist noch nicht besiegt. Bleiben Sie achtsam.

Wie Staat und Politik sich nach der Zeit von Angela Merkel, nach Corona aufstellen, damit beschäftigt sich das Buch Neustaat. Wir brauchen eine radikale Reform allen staatlichen Handelns, auf allen Ebenen, sagt MdB Thomas Heilmann, einer der beiden Autoren des Buches. Das Buch analysiert und betrachtet auch die öffentliche Verwaltung unter verschiedenen Blickwinkeln. Das Besondere dabei ist, dass nicht nur plakative Negativbeispiele von Verwaltungshandeln dargestellt werden, sondern auch die jeweilige Verantwortung der Politik beispielsweise durch ihre Gesetzgebung. Grund genug für die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, sich mit den Autoren Nadine Schön und Thomas Heilmann auszutauschen und den Blickwinkel der Beschäftigten der Bundesverwaltung in die Diskussion um Neustaat einfließen zu lassen. Mehr dazu auf Seite 11.

Nadine Schön sagte über die mitschreibenden Co-Autoren und Experten: „Was uns alle eint: Wir haben Lust auf Zukunft.“ So wie Politik und Gesellschaft einem steten Wandel unterworfen sind, sind es auch die Gewerkschaften und deren Arbeit. Die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte hat auch Lust auf Zukunft und deshalb bereits im November 2019 auf der Sitzung des Bundeshauptvorstandes eine Arbeitsgruppe vbob 2022 beschlossen.

Der Auftrag für die Mitglieder lautete, die bisher überwiegend ehrenamtliche Organisation und Struktur des vbob im Hinblick auf die heutigen und zukünftigen Anforderungen an die Gewerkschaftsarbeit zu analysieren und Änderungsvorschläge zu unterbreiten. Doch auch für die Arbeitsgruppe hatte das Coronavirus seine Auswirkungen.

Die Arbeit stockte zunächst aufgrund von COVID-19, inzwischen tagen die Mitglieder per Videokonferenz im 14-tägigen Rhythmus. Der Bundesvorstand hat den Auftrag an die Arbeitsgruppe darüber hinaus erweitert. Nunmehr werden auch die Auswirkungen von Corona auf die gewerkschaftliche Arbeit, Zusammenarbeit und Verfolgung der gewerkschaftlichen Ziele bearbeitet. Wir werden in einer der kommenden Ausgaben über die ersten Analysen und Ergebnisse berichten.

Aktuell haben alle Bundesländer Sommerferien. Viele von uns müssen die Urlaubszeit anders verbringen als ursprünglich geplant. Haben Sie dennoch eine gute Zeit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

## > Inhalt

> 60 Jahre BVA – und noch immer flexibel	4–7
> Auswertung: Leserbefragung zum vbob Magazin und zur Öffentlichkeitsarbeit	8–9
> Kommentierte Pressestimmen	10
> Neustaat – Politik und Staat müssen sich ändern	11–12
> Dank und Anerkennung für Gräfin Praschma Freifrau von Bilkau	12

### > dbb

> Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes	13
> Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen: Materielle Wertschätzung ist kein Luxus	14
> Branchentage werden digital	17
> nachgefragt bei ... ... Prof. Dr. Gerhard Hammerschmid und Carsten Köppl	18
> vorgestellt – Reformideen: Neustart für den Staat?	20
> dbb akademie	22
> Folgen der Corona-Pandemie für Eltern, Kinder und Jugendliche	24
> Ambulante Familienhilfe: Damit der Faden nicht zerreißt	26
> Bundesjugendausschuss digital	28
> Tag des öffentlichen Dienstes: Wertschätzung schafft Motivation	28
> Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“	29
> frauen – Führungswechsel: Milanie Hengst an der Spitze der dbb frauen	30
> Doppelinterview: Helene Wildfeuer und Milanie Hengst	32
> Rentenversicherung muss 3 000 neue Stellen besetzen	35
> service für dbb Mitglieder	38
> Urteil des Monats	39
> online – Europäische Dateninfrastruktur: Mit GAIA X in die Unabhängigkeit?	40
> senioren – Gesundheitsversorgung	42
> drei fragen an: Gesundheitsstaatssekretärin Sabine Weiss	44
> interview – Dilek Kalayci, Berliner Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung sowie Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz der Länder (GMK)	46

### > Impressum

**Herausgeber des vbob Magazins:** Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzende:** Rita Bering. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** vbob, AdobeStock. **Titelbild:** © BVA.

**Herausgeber der dbb Seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** MEV und Fotolia. **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 36,00 Euro zzgl. 6,80 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,00 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 60 (dbb magazin) und Preisliste 40 (vbob Magazin),** gültig ab 1.10.2019. **Druckauflage dbb magazin:** 567 704 (IVW 1/2020). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**



## 60 Jahre BVA – und noch immer flexibel

Sechs Jahrzehnte lang haben BVA-Beschäftigte nicht nur der Bundesregierung immer wieder spontan unter die Arme gegriffen. Auch bei internen Umstellungen war die Reaktionszeit oft bemerkenswert kurz. Jüngstes Beispiel: die Corona-Krise.



> Die Behördenleitung: Vizepräsident Dr. Manfred Schmidt, Präsident Christoph Verenkotte und Vizepräsidentin Silvia Bechtold (von links)



> Der aktuelle Hauptsitz des BVA in der BarbarasträÙe in Köln

enorm davon, dass sein Fokus seit 20 Jahren auf digitaler und flexibler Zusammenarbeit liegt.

■ **Vorreiter für flexible Arbeitszeiten**

„Lange bevor Work-Life-Balance zum geflügelten Wort wurde, galt das BVA als ein Vorreiter flexibler Arbeitszeiten in der

21 Uhr selbstständig einteilen. Bedingung: Während einer „Servicezeit“ von 8 bis 16.30 Uhr müssen kompetente Ansprechpartner erreichbar sein. Als Hauptziel von FAZIT galt die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Doch auch an anderer Stelle ist Flexibilität zum Aushängeschild des BVA geworden.

■ **Wie alles begann**

1960 in Köln gegründet, um Verwaltungsaufgaben aus dem Bundesministerium des Innern effizienter wahrzunehmen, ist es infolge zahlreicher

Ansteckungsgefahr reduzieren, Abstand halten, zu Hause arbeiten – als im März die gesamte Bundesverwaltung in den Krisenmodus übergang, musste im Bundesverwaltungsamt keine neue Ära ausgerufen werden: Um die Präsenz an den bis dahin 22 Standorten zu reduzieren, reichten ein paar einfache Maßnahmen aus: Knapp 1 000 mit Teilzeit-Telearbeitsplätzen ausgestattete Beschäftigte wurden gebeten, bis Jahresende komplett von zu Hause aus zu arbeiten. Und wer bislang maximal 48 Tage im Jahr ein Notebook ausleihen durfte, um mobil zu arbeiten, darf dies bis auf Weiteres unbefristet tun. 2 000 voll funktionsfähige und sichere Telearbeitsplätze bot das BVA damit bereits im April an – 35 Prozent aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren im Homeoffice startbereit.

Viele Seminare, Workshops und Dienstbesprechungen konnten so kurzfristig ins Netz verlagert werden. Der Rückgang von Dienstreisen und Tagungen brachte zusätzlichen Zeitgewinn. Im Mai konnte Sabine Lang, Leiterin des Leitungsstabs Digitalisierung



> Erster Hauptsitz des Bundesverwaltungsamtes am Rudolfplatz in Köln (bis 1984)

und Strategie, feststellen: „Die Controllingzahlen zeigen, dass wir die wichtigen Aufgaben unseres Hauses gut erledigt bekommen.“

Nicht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fiel die Umstellung leicht: Der Wegfall der Präsenztage im BVA und der fehlende persönliche Austausch sind auf Dauer schwer zu verkraften. Es muss anders kommuniziert werden – mehr E-Mail, mehr Videotermine bei nicht ausreichend verfügbaren Kameras, eine überlastete Telefoninfrastruktur. Dazu persönliche Belastungen durch Homeschooling und Kinderbetreuung in den eigenen vier Wänden. Doch in der plötzlichen Krise profitierte das BVA

Verwaltung“, erklärt Dr. Christian Schulz, Leiter der Referatsgruppe Personal und Justizariat.

Eine Neufassung der Arbeitszeitverordnung des Bundes hatte der Behörde im Jahr 1999 die Chance eröffnet, flexible Arbeitszeiten zu testen. Im Bundesauftrag sollte sie den Modellversuch mit seinen damals 2 100 Beschäftigten an elf Standorten durchführen. FAZIT (Flexible Arbeitszeiten im Team) heißt das Arbeitszeitmodell, das seit gut zwei Jahrzehnten im BVA gilt: Auf eine allgemeine Kernarbeitszeit mit Anwesenheitspflicht wird darin verzichtet – jedes Team kann seine Arbeitszeiten zwischen 6 und

Aufgabenerweiterungen zum größten Dienstleister des Bundes angewachsen. Alle Bundesministerien und zahlreiche weitere Institutionen nutzen Angebote der Bundesoberbehörde, um Verwaltungsprozesse effizienter und flexibler zu gestalten.

Zu den Hauptaufgaben der Anfangsjahre des BVA gehörte es, Entschädigungszahlungen an ehemalige Bedienstete jüdischer Gemeinden zu leisten und die Kriegsgräberfürsorge zu betreiben. Seit den 60ern ist es auch für Staatsangehörigkeitsfragen und die Betreuung hilfsbedürftiger Deutscher im Ausland zuständig. 1968 wurde die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) ge-

gründet, die deutsche Schulen im Ausland organisatorisch, pädagogisch und finanziell betreut – aktuell mehr als 1.200 Schulen in 95 Ländern.

Das größte der vielen neuen Aufgabenfelder der 70er-Jahre brachte das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG): Seit 1972 zieht das BVA die BAföG-Darlehen im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ein. Mit BAföG-online wurde im Jahr 2000 eines der ersten praktisch nutzbaren Internetangebote der Bundesverwaltung gestartet. Nie zuvor hatte es einen derart lückenlosen elektronischen Ablauf gegeben. Bevor 1989 die Berliner Mauer fiel, mussten tausende Ostdeutsche, die in den Wochen zuvor in die Bundesrepublik geflohen waren, versorgt werden. Dies übernahm das BVA parallel zur Unterbringung von Spätaussiedlern aus den Ostblockstaaten in Erstaufnahmeeinrichtungen: Bis zu 397.000 Menschen pro Jahr wurden in den 80er- und 90er-Jahren vom BVA registriert und auf die Bundesländer verteilt.

Heute agiert das BVA von 23 Standorten in ganz Deutschland aus, darunter Berlin, Bonn, Kiel, Chemnitz, München und Neubrandenburg. Die jüngsten Dienststellen wurden in Görlitz (Oberlausitz), Pomellen (Vorpommern) und Magdeburg eröffnet. Als zentraler Dienstleister des Bundes nimmt das BVA mehr als 150 Aufgaben wahr, darunter das Auslandsschulwesen, Staatsangehörigkeitsaufgaben sowie das Zuwendungsmanagement des Bundes in der Sport-, Kultur-, Jugend- und Sozialförderung. Auch bei der öffentlichen Sicherheit erfüllt das BVA eine Schlüsselrolle: Durch die Bereitstellung komplexer, hochverfügbarer Register wie dem Ausländerzentralregister oder dem Nationalen Waffenregister unterstützt das BVA die Vernetzung von Sicher-



heitsbehörden. Im Auftrag des BKA sorgt es für eine ordnungsgemäße Fluggastdatenspeicherung.

### ➤ Große Veränderungen – Alltag im BVA

Seit 1998 existiert mit dem „Dienstleistungszentrum“ im BVA eine Organisationseinheit, dem Bundesinstitutionen ihre Querschnittsaufgaben übertragen können. Sämtlichen Bundesministerien nimmt das BVA administrative Aufgaben ab – von der Berechnung von Bezügen und Beihilfen über das zentrale Travel Management und die Personalgewinnung bis hin zum Zeitmanagement. „Wir sorgen dafür, dass politische Entscheidungen schnell und zuverlässig umgesetzt werden“, fasst BVA-Präsident Christoph Verenkotte das Selbstverständnis des Hauses zusammen. In zahlreichen Politikfeldern habe das BVA die Bundesregierung in seiner Geschichte unterstützt – und wo nötig – Soforthilfe geleistet, beispielsweise in Katastrophenfällen wie dem Reaktorunglück von Tschernobyl oder dem Oder-Hochwasser.

Der enorme Aufgabenzuwachs des letzten Jahrzehnts lässt sich in der Personalentwicklung ablesen: Als 2013 der Dienstleistungsbereich der Bundeswehr dem BVA übertragen wurde, mussten nicht weniger als 1.400 Beschäftigte an sieben neuen Standorten ins BVA wechseln.

Mitte 2017 folgte ein erneuter Wachstumsschub, als das BVA Dienstleistungsaufgaben des Bundesamts für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) übernahm – und damit weitere 1.500 Beschäftigte an neun Standorten. Aktueller Personalstand: rund 6.000 Beschäftigte.

„Das sind schon gewaltige Prozesse – ich glaube kaum, dass eine andere Behörde das in dieser kurzen Zeit so gut hinbekommen hätte“, sagt BVA-Präsident Christoph Verenkotte. Dabei habe die Vielzahl der Veränderungen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den letzten Jahren an ihre Grenzen geführt: „Ständig neue Aufgaben, neue große Projekte und drei Großveränderungen des Hauses in sehr kurzer Zeit haben das Bundes-

verwaltungsamt grundsätzlich verändert“, so Verenkotte. „Aber auf die Flexibilität und Leistungsfähigkeit der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BVA war immer Verlass.“

### ➤ Sechs Jahrzehnte Personalrat

In der Corona-Krise konnte das BVA-Personal einmal mehr seine Reaktionsfähigkeit beweisen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit ergingen Zuwendungen an das Robert Koch-Institut (RKI), das Paul-Ehrlich-Institut oder das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, um zum Beispiel Impfstoffe und die „Corona-Tracking-App“ zu entwickeln. Und groß war das Medienecho auf die Personalgewinnung von bundesweit 525 Unterstützungskräften für das RKI: Innerhalb von zehn Arbeitstagen wurden 11.000 Bewerbungen auf das Stellenangebot für „Containment-Scouts“ im BVA kategorisiert und ausgewertet. Seit April helfen die neuen BVA-Angestellten örtlichen Gesundheitsämtern bei der Telefonbefragung von COVID-19-Infizierten und Kontaktpersonen.

„Gut durchdachte Dienstvereinbarungen und eine offene und flexible Kommunikation zwischen Behörde und Personalrat sind eine stabile Basis, um die Problemfelder rund um die Corona-Krise zu bewältigen“, stellt der Vorsitzende des aktuellen Örtlichen Personalrats, Thomas de Greeff, fest. „Das BVA war sowohl mit der flexiblen Arbeitszeit als auch mit dem ersten papierlosen Büro bei BAföG-online ein Vorreiter in der Behördenlandschaft.“

Trotz der nun 60 Jahre BVA wollen wir diese Rolle natürlich weiter ausfüllen und auch durch neue Dienstvereinbarungen für die Zukunft gerüstet sein“, erklärt Thomas de Greeff. Dass heute statt starrer Teil-

zeitregelungen und fester Kernarbeitszeiten große Flexibilität im BVA herrscht, ist sowohl der Personalratsarbeit als auch den engagierten Gleichstellungsbeauftragten des BVA zu verdanken.

An vielen grundlegenden Entscheidungen haben Personalräte seit Gründung des BVA mitgewirkt. War der Personalrat am Hauptdienstsz Köln zunächst auch für die Kolleginnen und Kollegen der Außenstellen zuständig, wählten Hamm und Friedland 1992 die ersten eigenen Personalräte.

Weitere Außenstellen folgten schnell. Zur ersten Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats wurde 1992 Doris Tabbert gewählt. Während ihrer Amtszeit bis 2007 – der längsten Amtszeit einer bzw. eines Vorsitzenden – wurde die erste Gleitzeitregelung im BVA eingeführt. Das Pilotprojekt im Geschäftsbereich des BMI wurde später in die erste Dienstvereinbarung zur flexiblen Arbeitszeit (FAZIT) gegossen. Weitere Meilensteine in



> Präsident Christoph Verenkotte kürt die Siegerinnen des Kunstwettbewerbs „60 Jahre BVA“, Anita Schulz, Livia Kosch und Elke Grundmeier (von links).

der Personalratsarbeit waren die Dienstvereinbarung Stufenaufstieg für Tarifbeschäftigte (2015), die Integration von rund 3 000 Beschäftigten seit der Übernahme von Dienstleistungsaufgaben der Bundeswehrverwaltung und des BADV (2013/2017) sowie ein neues Beurteilungssystem bei Auswahlverfahren (2019).

### ■ Motivation von höchster Stelle

An die gesamte neue BVA-Belagschaft erging im Frühjahr 2019 der Appell, ihrer Kreativität einmal auf völlig neue Weise Ausdruck zu verleihen – in einem Kunstwettbewerb zum Thema „60 Jahre BVA“. 26 Arbeiten „von beeindruckender Vielfalt und Fantasie“, wie die Behördenleitung anmerkte, wurden eingereicht. Von Acryl- und Ölbildern über Collagen und Comics bis hin zur akustischen Installation reichte das Spektrum.

Als die Preisträger per Abstimmung im Officenet ermittelt wurden, nahmen rund 1 700 BVA-Beschäftigte an der Wahl teil. „Die Kunstwerke haben die Verbundenheit mit dem Bundesverwaltungsamt in beeindruckender Weise zum Ausdruck gebracht“, so Präsident Christoph Verenkotte, als im Januar 2020 die drei ersten Plätze im Kölner Haupthaus prämiert wurden.

Weitere Wertschätzung erfuhr das BVA-Personal vom Bundesinnenminister Horst Seehofer: „Zu seinem 60-jährigen Bestehen gratuliere ich dem Bundesverwaltungsamt und all seinen Beschäftigten von ganzem Herzen!

In Zeiten der Digitalisierung und dem Anspruch einer transparenten und bürgernahen Verwaltung kommt dem BVA als zentralem Dienstleister des Bundes eine Schlüsselrolle zu“, so dessen oberster Dienstherr. „Ich wünsche den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie die Erfolgsgeschichte dieser Behörde auch in Zukunft fortschreiben können und bedanke mich für 60 Jahre hervorragende Arbeit!“

Die Jubiläumsfeier, für die diese Worte gedacht waren, musste indes verschoben werden: Am 10. Juni 2020 sollte ein offizieller Festakt mit Ehrengästen aus Politik und Verwaltung sowie 2 000 BVA-Beschäftigten im Kölner Gürzenich stattfinden. Um allen die Teilnahme daran zu ermöglichen, sollte die Veranstaltung an sämtliche Außenstellen gestreamt werden.

Die Corona-Pandemie machte dem engagierten Organisationsteam einen Strich durch die Rechnung. Doch 2021 soll der Jubiläumsfestakt nachgeholt werden. Dann eben „61 Jahre BVA“ – man ist ja flexibel.

*L. Iwan-Dettmar,  
Stab Internationale  
Angelegenheiten,  
Kommunikation und  
Veränderungsmanagement*



> Modellbau „Büros gestern und heute“ von Elke Grundmeier (1. Platz im BVA-Kunstwettbewerb)

## Auswertung Leserbefragung zum vbob Magazin und zur Öffentlichkeitsarbeit

Wir wollten Ihre Meinung wissen, liebe Leserinnen und Leser – und Sie haben uns geantwortet. Das zunächst avisierte Ende unserer Leserbefragung wäre genau in die Wirren der ersten Wochen der Corona-Pandemie in Deutschland gefallen. So hatten wir uns entschieden, die Laufzeit der Befragung zu verlängern. Leider bewegte sich die Zahl der Beantwortungen nicht in dem Umfang, wie wir uns dies erhofft hatten: Von unseren fast 11 000 Mitgliedern haben sich lediglich 290 an der Befragung beteiligt.

Das bringt uns zu einem kleinen Exkurs: Ab wann ist eine Befragung als repräsentativ zu betrachten? Die Annahme, es müsste mindestens ein bestimmter Prozentsatz der Gesamtheit aller Mitglieder erreicht werden, greift hier zu kurz. Auch bei dieser Befragung war es uns wichtig, ein möglichst breites Stimmungsbild von Ihnen, unseren Mitgliedern und Lesern, einzufangen. Wichtiger als die bloße Zahl der Teilnehmer ist dabei jedoch das Erreichen eines möglichst breiten Spektrums unserer Mitgliedschaft: von jung bis alt, weiblich und männlich, der Berufsgruppe oder dass die Antworten eben aus möglichst vielen verschiedenen Fachgruppen kommen.

Die Altersstruktur der Teilnehmenden entspricht in etwa der unserer Mitgliedschaft (siehe Abbildung 1). Frauen und Männer waren in etwa in gleicher Anzahl vertreten. Circa 23 Prozent Tarifbeschäftigte, 57 Prozent Beamte und 20 Prozent Ruhestandler haben geantwortet. Auch war fast jede Fachgruppe bei den Beantwortungen vertreten. Wir können also von einer Zielgruppe ausgehen, die in etwa die Struktur des

vbob widerspiegelt, und so mit den Ergebnissen weiter arbeiten.

Diese Ergebnisse gilt es nun intensiver zu beleuchten und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Schauen wir zunächst auf die allgemeine Zufriedenheit mit dem vbob Magazin. 12 Prozent der Befragten geben unserer Mitgliederzeitschrift die Schulnote 1, 74 Prozent die Noten 2 und 3. Nur 14 Prozent vergaben die Noten 4 und

schlechter. 50 Prozent der Befragten gaben an, das Magazin nur oberflächlich durchzublättern und nur bestimmte Artikel/Rubriken zu lesen. 25 Prozent erklärten, es komplett (inklusive der dbb Seiten) zu lesen. Eine sehr große Mehrheit von 72 Prozent erklärte, die Zeitschrift in der Printversion zu lesen, rund 19 Prozent als E-Paper. Interessant ist, dass hier kein großer Unterschied in den Altersgruppen erkennbar war. Durch alle Altersgruppen hinweg wurde angegeben, die Printausgabe zu nutzen.

Es ist klar erkennbar, dass es auf die Themen ankommt, wie

ausführlich das Heft gelesen wird. So sind nicht etwa die Themen „Berichte aus den Fachgruppen“, „Aktivitäten des vbob Bundesvorstandes bzw. Bundeshauptvorstandes“ oder „Frauen, Jugend und Senioren“ von größerem Interesse. Gefordert werden von Ihnen vor allem inhaltliche Themen, wie zum Beispiel Rechtsfragen, Kommentierung aktueller rechtlicher Entscheidungen und gewerkschaftspolitische Themen (wie Dienst-, Tarif- oder Europarecht).

Wir hatten Ihnen auch die Möglichkeit gegeben, Themen vorzuschlagen, die Sie vermissen. Sehr zahlreich wurde hier angegeben, dass Tarifthemen im Magazin zu kurz kommen. Interessant war auch, dass Sie teilweise Themen nannten, die derzeit zwar im politischen Fokus stehen, jedoch keinen unmittelbaren gewerkschaftlichen Bezug haben: Zum Beispiel das Thema Umwelt- und Klimaschutz (Umsetzung/ Maßnahmen in den Behörden). Beispielhaft wurden noch genannt:

- > Mehr aus dem „Innenleben“ der Behörden/Fachgruppen (behördenpezifische Probleme und deren Lösung, die vielleicht auf andere Häuser übertragbar ist),
- > Veröffentlichung von Stellenausschreibungen,

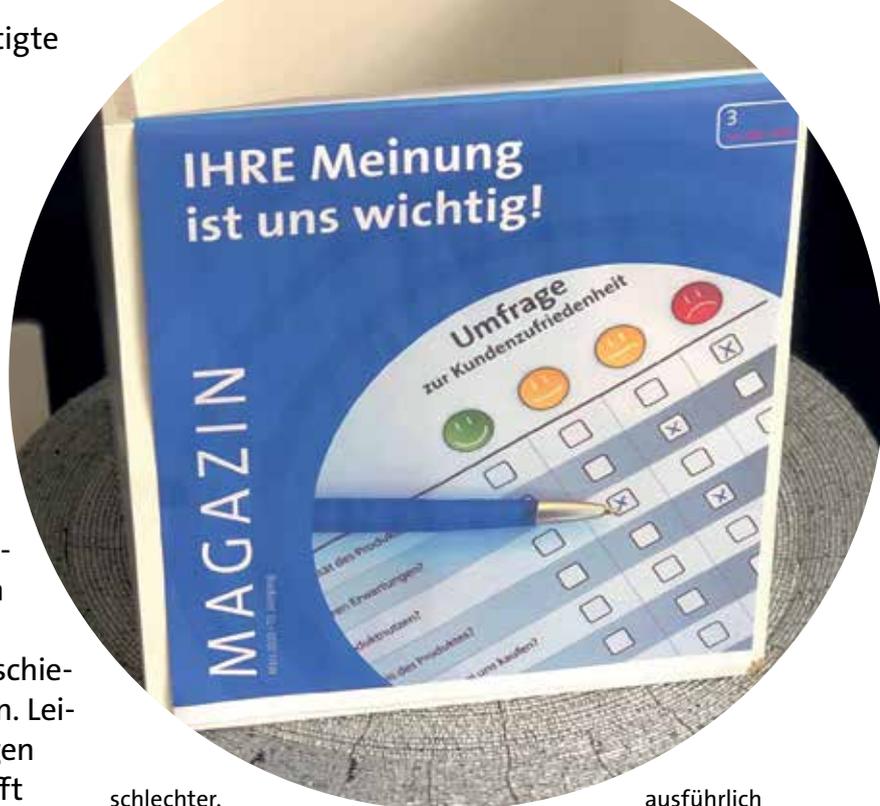
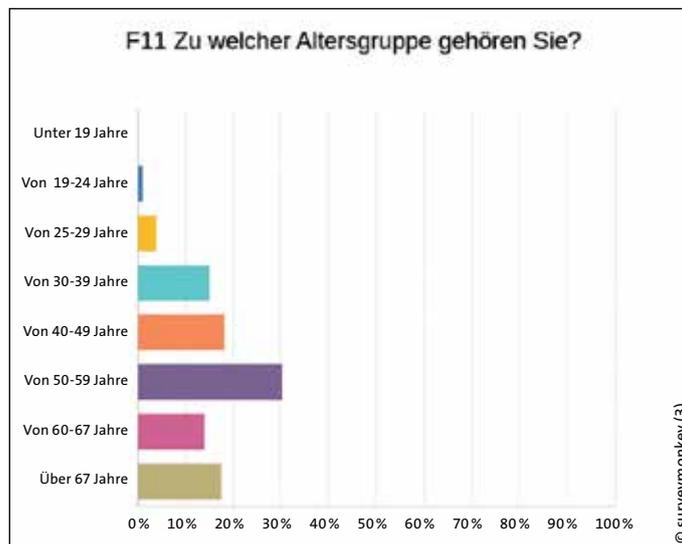
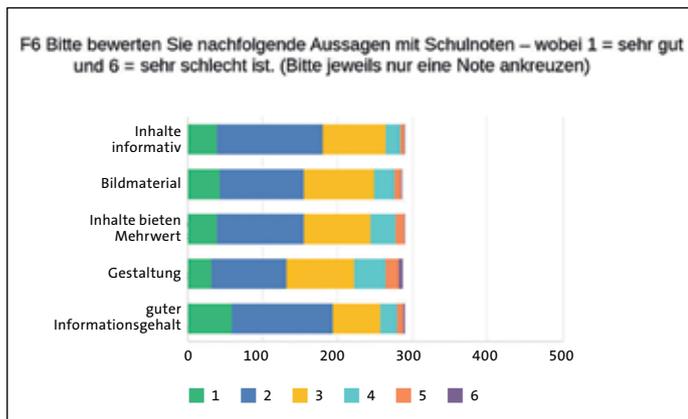


Abbildung 1: Altersstruktur



© surveymonkey (3)

Abbildung 2: Schulnoten



- > die Zukunft des Berufsbeamtentums,
- > Beiträge aus der Personalratsarbeit (Beispielfälle o. Ä.),
- > mehr Beiträge über die Digitalisierung der Verwaltung oder aber auch
- > gesellschaftspolitische Themen.

Viele dieser Themen werden zum Teil im dbb magazin (hintere 36 Seiten) abgedeckt. Wir sind Ihnen für die zahlreichen Anregungen jedoch sehr dankbar und werden sie in die weiteren Überlegungen einfließen lassen.

Sie hatten die Möglichkeit in der Umfrage, verschiedene Aussagen zum Magazin mit Schulnoten zu bewerten. Hier ist festzuhalten, dass eine große Mehrheit die Inhalte und Gestaltung der Zeitschrift nicht schlechter als mit der Schulnote 3 bewertet (siehe Abbildung 2).

Die Gelegenheit einer Leserbefragung wollten wir aber auch ganz bewusst nutzen, um Ihre Auffassung über etwaige Neuausrichtungen in unserer zukünftigen Öffentlichkeitsarbeit zu erfahren. Die Aussage „Das Magazin erscheint aktuell zehn Mal im Jahr. Mir würden auch weniger Ausgaben reichen“ (z. B. alle zwei Monate) gewichteten über 60 Prozent mit den Schulnoten 1 und 2. Die Aussage „Das Magazin sollte eingestellt und andere Informationskanäle qualitativ verbessert werden“ lehnte hingegen eine

sehr große Mehrheit ab, fast 70 Prozent vergaben hier die Schulnoten 5 und 6.

Wir wollten von Ihnen auch wissen, wie zufrieden Sie mit der Öffentlichkeitsarbeit des vbob allgemein sind. Hier sind wir nach Ihrer Auffassung „nur“ gutes Mittelmaß. Die meisten (fast 40 Prozent) vergaben die Schulnote 3 – da ist also noch Luft nach oben. Das Problem haben wir erkannt und wollen uns hier auch neu ausrichten. Bundesleitung, Bundesvorstand und auch die eingerichtete AG Zukunft diskutieren über dieses Thema.

Die Frage nach Informationskanälen, die am häufigsten von Ihnen genutzt werden (siehe Abbildung 3), ergab, dass zum einen die Homepage des vbob, die des dbb und auch der persönliche Kontakt zur Fachgruppe bzw. zum Fachgruppenvorstand am beliebtesten sind. Dicht gefolgt hiervon werden die Informationskanäle vom behördlichen Intranetauftritt oder dem Schwarzen Brett bzw. Veröffentlichungen der Fachgruppe genutzt. Gerade das Feedback zu letzteren Punkten zeigt, dass wir vor allem auch vor Ort in den Behörden stark sein müssen, und Ihnen unser Motto „Nähe ist unsere Stärke“ offenbar sehr wichtig ist. Die Social-Media-Kanäle und der neue Podcast des vbob hingegen werden von einer großen Mehrheit nur selten oder nie als Informationskanal genutzt.



> Unsere Bundesvorsitzende Rita Berning war bei der Verlosung als „Glücksfee“ tätig.

### Verlosung unter allen Einsendungen

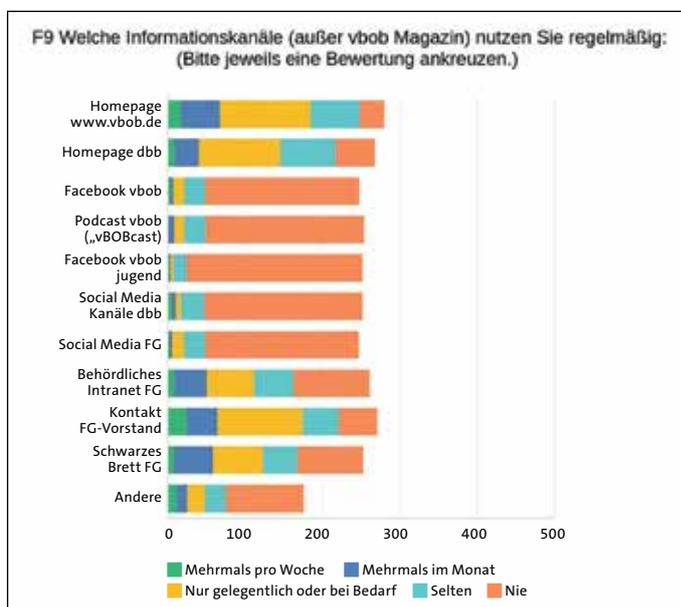
Wie Sie wissen, gab es bei der Teilnahme an der Befragung auch etwas zu gewinnen. Stellvertretend für die Gewinnerinnen und Gewinner seien hier die glücklichen Auserwählten des 1. und 2. Preises genannt: Über einen Zuschuss zu einem Tablet oder sonstiger technischer Ausstattung in Höhe von 500 Euro darf sich Frau **Cathleen Kelch**, Fachgruppe Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, freuen. Ein Zu-

schuss zu einer Städtereise in Höhe von 400 Euro geht an **Carsten Brüggemann**, Fachgruppe Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie. **Herzlichen Glückwunsch!**

Wir werden weiter berichten, welche konkreten Maßnahmen wir aus den Ergebnissen der Befragung abgeleitet haben. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die sich beteiligt und dazu beigetragen haben, dass wir in diesem Bereich besser werden!

st

Abbildung 3: Infokanäle



# Kommentierte Pressestimmen

## „Lohn ist eigentlich keine Belohnung.“

Erhard Horst Bellermann, Bauingenieur, Dichter und Aphoristiker

Wir alle haben uns schon fast daran gewöhnt, an verschiedenen Stellen Zettel mit unseren persönlichen Kontaktdaten auszufüllen und zu hinterlassen; der Datenschutz ist in diesem Bereich innerhalb kürzester Zeit nahezu abgeschafft worden. Bei diesem Vorgehen geht es im Falle eines lokal auftretenden Infektionsgeschehens um die Nachverfolgung und damit die Bekämpfung einer unkontrollierten Ausbreitung des Virusgeschehens. Hierzu sind insbesondere die Gesundheitsämter und die eigens eingerichteten Krisenstäbe vor Ort ein unverzichtbarer Bestandteil bei der Pandemiebekämpfung. Mittlerweile häufen sich hier sehr viele Überstunden an ...

Der **MDR** hat dieses Problem in seiner Online-Ausgabe vom 9. Juni 2020 aufgegriffen: „Tausende Überstunden in Corona-Krisenstäben und Gesundheitsämtern angehäuft.“ Es existiert ein riesiger Berg an Überstunden, der unmöglich bis zum Jahresende abgebaut werden kann – das wissen alle. Deshalb wird in den Kommunen nach Lösungen gesucht. Denn was nicht passieren darf, ist, dass am 31. Dezember alle nicht abgebummelten Überstunden gekappt werden. Das Signal kommt auch vom Kommunalen Arbeitgeberverband. Geschäftsführerin Sylvana Donath sagt: „Die Beschäftigten der Kommunen haben in den letzten Monaten Enormes geleistet und die Überstunden dürfen ihnen am Ende nicht gestrichen werden.“ Die Kommunen würden das sicher individuell und mit ihren Personalräten gemeinsam handhaben. Normalerweise, so schreibt es der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes vor, dürfen nur 20 Überstunden mit ins neue Jahr genommen werden. „Da liegt nun mal die Kappungsgrenze“, sagt Detlef Heuke von ver.di. Aber sicher könne über Stundungen oder Ähnliches nachgedacht werden. Heuke befürchtet, dass das Problem am Jahresende massiv werden könnte. Tarifverträge seien nicht nur für Schön-Wetter-Perioden gedacht, sie müssten

sich auch in Krisenzeiten bewähren, sagt Heuke. Die meisten Gleitzeitmodelle und Arbeitszeitkonten würden schon Einiges abdecken und ein übergroßes Ansammeln von Überstunden vermeiden. Ein Instrument sei die Ampel. Die zeige bei 20 Überstunden grün, bei 60 springt sie auf gelb und ab 80 Stunden ist Alarmstufe „Rot“ angesagt. Corona hat all das gesprengt! Die Rechnung, die die Landratsämter und Rathäuser aufmachen, zeigt jedoch, wie gravierend das Problem jetzt schon ist. „Eine hohe Arbeitsbelastung im Gesundheitsamt ist weiterhin gegeben“, heißt es z. B. aus dem Landratsamt Greiz. Das Krisenmanagementteam trifft sich weiter täglich. Seit Jahresbeginn sind im Greizer Gesundheitsamt 1 619 Stunden über die Regelarbeit hinaus angefallen, plus 817 Stunden bei den Mitarbeitern des Krisenstabes. Bei dieser Größenordnung wird ein vollständiges „Abbummeln“ nahezu unmöglich und es müssen Lösungen gefunden werden.

Im Herbst starten die neuen Tarifverhandlungen. „Öffentlichem Dienst droht Arbeitskampf im Herbst“, titelt der **Bund Verlag** in seiner Ausgabe vom 24. Juni 2020. Die Bundestarifkommissionen von ver.di und dbb beamtenbund und tarifunion haben für rund 2,5 Millionen Beschäftigte

im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen die Weichen für die Verhandlungsrunde zum TVÖD im Herbst gestellt. Zu den Forderungen, die von den Gewerkschaften im Detail am 25. August 2020 beschlossen werden, gehört laut ver.di-Vorsitzendem Frank Werneke eine Reallohnsteigerung. Volker Geyer, dbb Tarifchef, verwies darauf, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst systemrelevant sind und während der Corona-Pandemie Spitzenleistungen erbracht hätten, die sich nun auch als Wertschätzung in der Einkommensrunde niederschlagen müssten.

### ■ Arbeitgeberseite mit Verweigerungshaltung

Kritik gab es von ver.di, in der auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie die IG BAU vertreten sind, und des dbb an der Haltung der Arbeitgeberseite. Die Gewerkschaften hatten angestrebt, angesichts der angespannten Situation im öffentlichen Dienst den Beginn der Tarifrunde gegen eine Einmalzahlung zu verschieben, was die VKA abgelehnt hatte. Die Arbeitgeber hätten die ausgestreckte Hand ausgeschlagen, weshalb Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst im Herbst vorprogrammiert

seien, sagte der ver.di-Vorsitzende Werneke. Die kommunalen Arbeitgeber ließen mit ihrer Haltung Respekt und Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten vermissen. Neben den rund 2,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen und weiteren einbezogenen Bereichen streiten die Gewerkschaften auch für rund 225 000 Bundesbeamte und Anwärter, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Die erste Verhandlungsrunde zum TVÖD findet am 1. September in Potsdam statt.

Im Übrigen: „Neue Gewerkschaftsklagen wegen Tarifeinheit abgewiesen“, titelt **dpa** am 2. Juli 2020. Drei Gewerkschaften sind mit neuen Verfassungsbeschwerden gegen die reformierten Regeln zu konkurrierenden Tarifverträgen gescheitert. Die Klagen wurden nicht zur Entscheidung angenommen, wie das Bundesverfassungsgericht mitteilte. Die Gewerkschaften hätten sich demnach zunächst an die Fachgerichte wenden müssen. Die Richter äußern aber auch inhaltliche Zweifel (Az.: 1 BvR 672/19 u. a.). Hintergrund ist das Karlsruher Urteil von 2017 zur sogenannten Tarifeinheit. Das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit, nach weiterer juristischer Prüfung, bleibt abzuwarten. *cm*

## Neustaat – Politik und Staat müssen sich ändern

Eine Aussage, die neugierig macht: „Wir sind Bundestagsabgeordnete und glauben, dass wir nicht weitermachen können wie bisher. Unseren Staat und unsere Art, Politik zu machen, müssen wir grundlegend neu organisieren. Nicht erst seit Corona schauen wir mit Sorge auf Föderalismus, Verwaltung und internationale Zusammenarbeit. Während die Welt sich in tosendem Tempo verändert, stößt der Staat an seine Grenzen. Projekte dauern zu lange oder scheitern ganz. Wir sitzen in der Komplexitätsfalle: Wir sind häufig zu hierarchisch, zu bürokratisch und zu langsam.“

Als gesellschaftlich engagierter Mensch, als Beschäftigte der Bundesverwaltung ist es interessant, wenn sich 64 Abgeordnete und Experten mit politischem und staatlichem Handeln auseinandersetzen und im Ergebnis 103 Reformvorschläge niederschreiben.

Am 2. Juni 2020 haben die Bundestagsabgeordneten Nadine Schön und Thomas Heilmann das Buch „Neustaat“ vorgestellt. Dass sie damit einen Nerv getroffen haben, zeigen die Medienreaktionen. Die 1. Auflage war dementsprechend schnell vergriffen.

„Was ist das für ein Buch?“ – das haben wir uns auch gefragt und waren als Interessenvertretung derer, die wesentlich von den Reformvorschlägen betroffen sein könnten, sofort neugierig. Geht es wie so häufig darum, mittels markanter Einzelbeispiele den Verwaltungen und seinen Beschäftigten ein kollektives Versagen vorzuwerfen? Beider Lektüre wurde schnell deutlich, dass zwar auch diese Beispiele enthalten sind, aber tiefer nach den Hintergründen geforscht wird. Und deshalb ist dieses Buch anders als viele andere, die den öffentlichen Dienst betrachten und bewerten.

Als Gewerkschaft Bundesbeschäftigte sehen wir uns ebenfalls in der Verantwortung für Staat und Verwaltung. Wir haben seit längerem wiederholt darauf hingewiesen, dass es für eine Zukunftsfähigkeit der Bundesverwaltung neben der Digitalisierung weitreichender Reformen bedarf. In unserem **vBoBcast – Aus dem Inneren der Bundespolitik** hat sich der stellvertretende Bundesvorsitzende Sascha Titze zeitnah nach der Veröffentlichung mit den beiden Autoren unterhalten.

Nadine Schön und Thomas Heilmann haben in dem Gespräch unter anderem wieder-



holt, dass sich eine Verwaltung lähmt und seine Beschäftigten zu stark belastet, wenn größere und komplexere Aufgaben

> Nadine Schön ...



© Tobias Koch

- > geboren 1983; verheiratet, zwei Söhne
- > 2002 bis 2007 Jura-Studium an den Universitäten Heidelberg und Saarbrücken, 1. Staatsexamen; 2002 bis 2008 journalistische Ausbildung im Rahmen eines Stipendiums der Konrad-Adenauer-Stiftung
- > 2004 bis 2009 Mitglied des Saarländischen Landtages
- > Mitglied des Bundestages seit September 2009, seit Januar 2014 stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Bereiche „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ sowie „Digitale Agenda“.

> Thomas Heilmann ...



© Tobias Koch

- > geboren 1964; ledig; vier Kinder.
- > 1984 bis 1988 Studium in Bonn mit 1. juristischem Staatsexamen, 1993 2. juristisches Staatsexamen; Stipendien der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Studienstiftung des Deutschen Volkes; seit 1990 Gründung und Betrieb mehrerer Unternehmen in Medien, Kommunikation und Internet; 1998 Berufung zum Gastprofessor an der Universität der Künste; Januar 2012 bis Dezember 2016 Senator für Justiz und Verbraucherschutz
- > Mitglied des Bundestages seit 2017

von immer weniger Personal bearbeitet werden müssen. Die Analyse ist einfach – aber reicht das zur Lösung der Probleme? Da kommt der Mehrwert des Buches zum Tragen. Es bündelt bekannte Reformvorschläge und stellt über den Gesamtkomplex Politik und Staat neue Ideen und Vorschläge dar.

Das Buch ist auf große Resonanz gestoßen und die Mitglieder der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte hatten neben dem vBOBcast im Juni die Gelegenheit, mit beiden Abgeordneten per Videochat zu diskutieren. Unsere Mitglieder sehen an vielen Stellen der Bundesverwaltung ebenfalls

Reformbedarf, und so erlebten Nadine Schön und Thomas Heilmann eine interessante Diskussion. Querbeet von der aktuell diskutierten Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes über die Digitalisierung der Bundesverwaltung bis hin zu Personalentwicklungsinstrumenten haben die zugeschalteten vbob Mitglieder diese Gelegenheit zum unmittelbaren Austausch mit zwei politischen Akteuren genutzt, die nicht weniger als eine neue Reformbewegung gründen wollen. Dabei wurden unter anderem auch die unterschiedlichen Kulturen in den Ressorts deutlich. Einigkeit bestand jedoch bei der Notwendigkeit, die Bundesverwaltung

zu modernisieren, sowohl was die Digitalisierung angeht, aber ebenfalls auch hinsichtlich der Führungsverantwortung und des Rechtsrahmens.

Bei der aktuellen Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes beispielsweise ist die aufgrund der Coronapandemie geschaffene Möglichkeit für Personalräte, ihre Sitzungen mittels moderner Informations- und Kommunikationstechnik durchführen, wieder entfallen. Bei vielen unserer Mitglieder und Personalräte stößt dieser Rückschritt in die Präsenzwelt auf großes Unverständnis. Die Modernisierung und der digitale Wandel dürfen nicht an der Personalratsarbeit

vorbeigehen. „Die Personalvertretungen sollen ebenso an technischen Innovationen und Fortschritt partizipieren“, geben wir den Abgeordneten mit auf den Weg.

Für die Beschäftigten der Bundesverwaltung und den vbob sind die Vorschläge in Kapitel 4 von besonderem Interesse. Ein Termin ist nicht ausreichend, um die vielfältigen Vorschläge zu diskutieren, und so freuen wir uns, dass beide Abgeordnete mit der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte im Dialog bleiben und nach der Sommerpause weitere Veranstaltungen zu Einzelthemen durchgeführt werden sollen.

rb

## Dank und Anerkennung für Gräfin Praschma Freifrau von Bilkau

Unser langjähriges Mitglied Ursula Gräfin Praschma Freifrau von Bilkau konnte nicht nur 25 Jahre Mitgliedschaft beim vbob begehen; sie wurde auch in Würdigung für ihr unermüdliches Engagement mit dem Amt der Vizepräsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) betraut.

essanten und verantwortungsvollen Aufgaben und Projekten zusammen, sondern auch damit, dass der Aufstieg in Führungspositionen keine Frage des Geschlechts war. Vielmehr war es engagierten Frauen hier schon immer möglich Karriere zu machen.“

Unter ihrer Ägide wurden verschiedenste Projekte angestoßen. Als Abteilungsleiterin für die Durchführung der Asylverfahren in allen Standorten hat sie zum Beispiel das Projekt „Belastungsvorsorge und Qualitätssicherung“ konzipiert und zwischen 2011 und 2014 durchgeführt. Das Projekt etablierte unter anderem Supervision für Entscheider(innen) im Asylprozess. Die Arbeit war beileibe nicht



© FG BAMF (2)

immer „vergnügungssteuerpflichtig“. Der Kurs des BAMF in der Asylpolitik und insbesondere beim Kirchenasyl stand dabei oft im kritischen Scheinwerferlicht der Medien und sie war für die Medien das „Gesicht“ des Bundesamtes. Rudolf Scheinost überreichte Gräfin Praschma ein Blumenbukett und zeichnete sie mit der Überreichung der Ehren-

nadel und der Ehrenurkunde zum „25-jährigen“ aus.

Für Gräfin Praschma war ihr Engagement beim vbob immer eine Herzensangelegenheit: „Nur ein mitgliedestarker Verband findet Gehör und kann die Interessen der Mitarbeitenden in allen Belangen gegenüber der Politik vertreten.“

R. Scheinost

Im Namen des Fachgruppenvorstandes hat Rudolf Scheinost „unserer Gräfin“ für 25 Jahre Mitgliedschaft im vbob gedankt und ihr zur Ernennung als neue Vizepräsidentin im BAMF gratuliert.

In ihrem neuen Amtszimmer ließ sie auf ihre mitreißende Art die Geschichte des Bundesamtes Revue passieren. Seit 1986 ist sie im Bundesamt, damals noch BAFI. Diesen Schritt „habe ich nicht bereut. Das hängt nicht nur mit den inter-